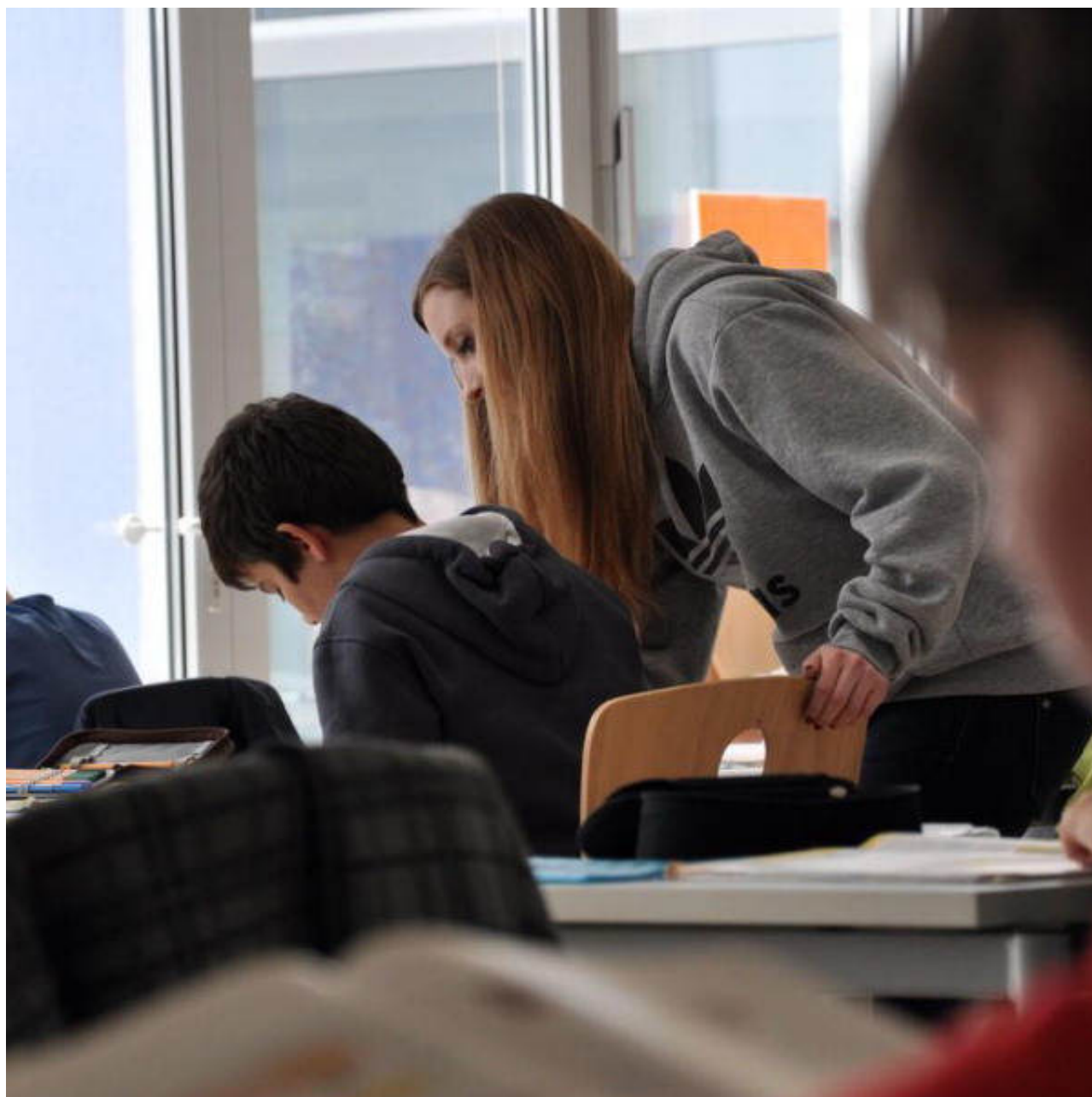


URL: <http://www.swp.de/1975054>

Autor: UTE GALLBRONNER, 30.04.2013

Es trifft die engagierten Lehrer

ULM: Es braut sich etwas zusammen über der grün-roten Landesregierung. Was sich nach einem Verwaltungsakt anhört, birgt jede Menge Zündstoff: Die Streichung der anrechenbaren Entlastungsstunden für Lehrer.



Schüler helfen Schülern: Wie Verena Raab in Ehingen unterstützen Jugendliche der Kursstufe die Jüngeren bei den Hausaufgaben. Foto: Stefan Bentele

Es ist Montagnachmittag. Die Schüler arbeiten konzentriert. Verena Raab geht durch die Reihen. Mal bleibt sie an einem Tisch stehen, gibt einen Tipp. Die Elfklässlerin ist eine der Schülerinnen, die im Ehinger Johann-Vanotti-Gymnasium für die Hausaufgaben-Betreuung der Unterstufe eingesetzt werden. Sieben Euro bekommt sie pro Stunde. Zudem darf die Schule sechs Lehrerstunden abrechnen. Noch. Denn die sollen gestrichen werden. So sieht es eine Verwaltungsvorschrift vor.

"Das ist eine Schweinerei", schimpft Brigitte Böhm, Schulleiterin eines Ulmer Gymnasiums. Je nach Wochentag ist die Zahl der Schüler, die zu den Hausaufgaben bleiben, unterschiedlich groß, reicht von 15 bis 50. Die Hausaufgaben-Betreuung war im Zuge der Einführung des achtjährigen Gymnasiums geschaffen worden, um Eltern und Schüler zu entlasten. Die Schulen bekamen dafür ein Sonderkontingent. "Zwischenzeitlich haben die Gymnasien diese besondere Herausforderung gemeistert", heißt es seitens des Kultusministeriums. Deshalb sei die Sonderbehandlung nicht länger nötig.

Über die Argumentation schütteln Schulleiter reihenweise den Kopf. Es fallen die Worte "Unsinn" und "Nonsens". Schließlich müssten die Betreuer Jahr für Jahr neu qualifiziert werden, da es ja auch immer wieder andere seien. Denn es könnten nur Schüler der letzten beiden Klassen eingesetzt werden, da diese eine gewisse Reife und auch die Statur bräuchten, um sich bei pubertierenden Sechst- und Siebtklässlern durchsetzen zu können.

Die Elternvertreter der allgemeinbildenden Gymnasien im Regierungsbezirk Tübingen sind bereit auf die Barrikaden zu gehen. Sie planen eine Resolution, in der deutlich darauf hingewiesen werden soll, dass die Schulen - insbesondere die Gymnasien - keinen Beitrag zur Sanierung des Landeshaushalts leisten können.

Nadja Eberth kann dies nur unterstützen. Sie ist Elternbeirätin in Ehingen. Gerade im Sinne der Bildungsgerechtigkeit müsse die Hausaufgaben-Betreuung unbedingt erhalten werden. "Ich selbst bin nicht aufs Gymnasium gegangen, ich hatte kein Latein, deshalb kann ich nicht helfen." In der Schule sei ihr Kind dagegen "gut aufgehoben", zumal sie selbst im Schichtdienst arbeite und ihr Mann auch erst abends nach Hause komme.

Wie für viele andere ist für Nadja Eberth die Ganztageschule keine Alternative. Das bestätigt Brigitte Böhm, die an ihrer Schule keinen Ganztageszug anbietet: "Das wird von unseren Eltern nicht nachgefragt. Sie genießen die Flexibilität der Hausaufgaben-Betreuung. Wenn es geht, wollen sie ihre Kinder zuhause haben."

Die allgemeinbildenden Gymnasien haben zweifellos eine starke Eltern-Lobby, deshalb steht die Hausaufgaben-Betreuung wohl im Mittelpunkt der aktuellen Diskussion. Doch die Verwaltungsvorschrift birgt weit mehr Zündstoff. Denn darin geht es auch um die Kürzung des "Allgemeinen Entlastungskontingents" um durchschnittlich 14 Prozent - und das trifft alle Schularten, unmittelbar die Lehrer, indirekt aber auch Schüler und Eltern.

Hinter dem sperrigen Begriff versteckt sich ziemlich viel, und es gibt von Schulart zu Schulart Nuancen. Grundsätzlich beläuft sich ein Lehrer-Deputat auf 25 Stunden Unterricht inklusiv der Vor- und Nachbereitung oder der Korrekturen. Das alles sind aber nur etwa 80 bis 85 Prozent der tatsächlichen Arbeitszeit. Dazu kommen Dinge wie Schüler- und Elterngespräche, Konferenzen, die Begleitung von Schullandheimaufenthalten oder Projektwochen. Für Aufgaben, die deutlich zeitaufwändiger sind, können zusätzlich Stunden aus dem "Allgemeinen Entlastungskontingent" angerechnet werden.

Es ist kein Hobby, dem Schulen oder Lehrer nachgehen, sondern Dinge, die gefordert werden - sowohl von der Politik als auch der Wirtschaft. Da geht es um Gewalt- und Suchtprävention, um die Pflege naturwissenschaftlicher Sammlungen, um Kooperationen mit Betrieben, die Wartung von Computern und Maschinen, um die Betreuung der Schülermitverantwortung oder der "Jugend forscht"-Gruppen. Wobei die Lehrer nur einen Bruchteil der Zeit erstattet bekommen, die sie hineinstecken. "Das ist nur ein Nasenwasser, was ich ihnen geben kann", sagt Gerhard Braunsteffer von der Robert-Bosch-Schule über seine erfolgreichen "Jugend forscht"-Lehrer.

3350 Schüler besuchen das berufliche Schulzentrum, der Schwerpunkt liegt auf Technik. "Ehrlicherweise muss man sagen, dass die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen besser geworden ist", sagt Braunsteffer. Sie sei sogar "so gut wie nie" in diesem Jahr. Dennoch bleibt eine Unterversorgung mit Lehrerstellen - im Schnitt fehlen 2,6 Prozent. "Ich habe Verständnis, dass auch Lehrerstellen gekürzt werden, wenn der Haushalt saniert werden muss. Doch hier wird an der falschen Stelle gespart", sagt Braunsteffer. Denn die Kürzung des Entlastungspools treffe gerade die besonders engagierten Lehrer. Wenn Kürzung sein müsse, dann solle man so ehrlich sein und den Pflichtunterricht nicht ausnehmen.

Vor allem die beruflichen Schulen, besonders jene im gewerblich-technischen Bereich, sehen auch Probleme mit der Arbeitssicherheit. Denn die Vorgaben werden hier immer strenger, wenn dann weniger Zeit bleibt, wird es kritisch.

Plötzlich sind die Schulträger, also die Kommunen und Landkreise mit im Spiel. Sie schaffen die Schulbücher an, sie sorgen für die Ausstattung mit Computern und anderem Gerät. Gepflegt wird es aber von den Lehrern.

Käme es da nicht billiger, einen Fachmann für die Wartung einzustellen? Kein Problem, heißt es seitens der Schulträger - wenn das Land die Kosten übernimmt.

Noch ist die Vorschrift zur Änderung der Verwaltungsvorschrift "Arbeitszeit der Lehrer an öffentlichen Schulen" nicht in Kraft getreten. Wenn sie aber so erlassen wird wie vorgesehen, müssen die Schulen und ihre Kollegien entscheiden, wie sie damit umgehen. Manche werden vielleicht auf Elternsprechtage verzichten oder auf Studienfahrten. Einige Lehrer werden zähneknirschend ihre Arbeit weiter machen, um der Schüler und ihrer eigenen Arbeitszufriedenheit willen. Doch es werden weniger sein.

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung

Copyright by SÜDWEST PRESSE Online-Dienste GmbH - Frauenstrasse 77 - 89073 Ulm